

„Das Deutsch-Französische Zukunftswerk wurde 2019 durch Artikel 22 des Aachener Vertrags ins Leben gerufen. Sein Ziel ist es, sich mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen beider Länder auseinanderzusetzen. Auf der Grundlage lokaler Erfahrungen und eines intensiven Dialogs mit den Akteur:innen vor Ort beleuchtet das Zukunftswerk die ökologischen, sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen, um gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln. Auf dieser Grundlage formuliert es politische Handlungsempfehlungen an die nationalen Regierungen beider Länder.“

Deutsch-Französisches Zukunftswerk 2024

Wie in der Vergangenheit bereits berichtet, hat die Universitätsstadt Siegen das Deutsch-Französische Zukunftswerk in dem vergangenen 18-monatigen Arbeitszyklus zum Thema nachhaltige Stadtentwicklung als Kooperationsstadt unterstützt. Ziel des Zukunftswerkes ist es, mit den Erfahrungen aus der kommunalen Verwaltung und der Zivilgesellschaft Handlungsempfehlungen für die nationale Politik zu erarbeiten, um den sozialen und ökologischen Wandel sowohl in Deutschland als auch in Frankreich zu beschleunigen. Thematisch wurden während des Arbeitszyklus die Umsetzungsmöglichkeiten der nachhaltigen Stadtentwicklung näher beleuchtet. Dazu ermöglichte die Verwaltung den Ansprechpersonen des Deutsch-Französischen Zukunftswerkes Einblicke in die Verwaltungsarbeit und stellte lokale Beispielprojekte der nachhaltigen Stadtentwicklung vor.

Neben Siegen waren dabei auch andere Kommunen und Städte aus Deutschland (Marburg, München) und Frankreich (Dünkirchen, Pau, Lyon) sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aus Deutschland und Frankreich an dem Austausch beteiligt. Die Akteurinnen und Akteure beider Länder hatten die Möglichkeit, die Planungskultur des jeweils anderen Landes kennenzulernen. Zudem fand ein Austausch zu den unterschiedlichen Herangehensweisen bei aktuellen Problemen und Herausforderungen statt. Nicht nur der Dialog zwischen den Ländern, sondern auch mit den anderen Partnerkommunen aus Deutschland erweiterte den Horizont und ermöglichte eine neue Betrachtung der eigenen Herangehensweisen.

Neben digitalen Sitzungen fanden drei sogenannte Resonanzräume in Berlin, München und Lyon statt, in denen die Handlungsempfehlungen an die nationale Politik gemeinsam erarbeitet wurden. Organisation, Durchführung und Finanzierung des Prozesses wurden vollumfänglich vom Deutsch-Französischen Zukunftswerk übernommen.

Die Akteurinnen und Akteure des Zukunftswerkes reflektierten auch die Verwaltungsarbeit in Bezug auf Projekte der nachhaltigen Stadtentwicklung. Dazu wurde der Stadt Siegen eine Feldforscherin zugeordnet, die die Arbeit in Siegen engmaschig betreute und zudem als Ansprechpartnerin zum Zukunftswerk fungierte. Die Feldforscherin initiierte mehrere Termine zur Unterstützung und Aufarbeitung der Arbeitsweise der Verwaltung als unabhängige Beobachterin. Auch die Arbeit zu Externen wurde näher betrachtet. Insbesondere die Potenziale eines Austausches zwischen der Uni und der Verwaltung der Stadt Siegen lag im Blickfeld der Forschenden. Unterstützt wurden die Feldforscherin von Lokalkoordinatoren aus Siegen, die Kontakte zur Zivilbevölkerung herstellen und ihre Vernetzungen nutzen konnten.

Insgesamt lässt sich sagen, dass der moderierende und unabhängige Blick von außen auf die eigene Arbeit, Verwaltung und Zusammenarbeit mit Externen einen Mehrwert gebracht hat.

Die Ergebnisse der Arbeit und die Empfehlungen an die nationale Politik sind im angehängten Dokument erläutert. Die wesentliche Empfehlung des Deutsch-Französischen Zukunftswerkes ist es, den öffentlichen Stadtraum unter den neuen Gesichtspunkten in den Fokus zu nehmen und dabei Umverteilungsmöglichkeiten anzugehen, die den heutigen und zukünftigen Anforderungen gerecht werden. Wichtig dafür ist es, entsprechende Instrumente und gesetzliche Vorgaben zu implementieren. Folgende Themenfelder haben sich als essenziell herauskristallisiert:

- Grüne Infrastruktur ausbauen
- Bodenpolitische Instrumente anpassen
- Öffentliche Räume aufwerten
- Beteiligungsstruktur stärken
- Straßenraum neu gestalten
- ÖPNV finanziell absichern
- Experimentierlösungen ermöglichen

Die Empfehlungen des Zukunftswerkes setzen an den Umsetzungsproblemen in diesen Themenfeldern an und zeigen Wege auf, wie die Etablierung in der Praxis erleichtert werden kann. Insgesamt treffen die Lösungsvorschläge den Kern vieler Probleme bei der Umsetzung von Projekten der nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Verwaltung begrüßt es daher, wenn die Handlungsempfehlungen auf unterschiedliche Weise ihren Weg zur Umsetzung finden und empfiehlt den Politikerinnen und Politikern die Handlungsempfehlungen über die Parteien in die Landes- und Bundespolitik zu tragen. Die Etablierung der dargestellten Maßnahmen würde einen sinnvollen und hilfreichen Beitrag zur Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung leisten.

Auch im kommenden Arbeitszyklus des Deutsch-Französischen Zukunftswerks wird die Stadt Siegen als Kooperationspartnerin beteiligt sein. Im thematischen Fokus steht hierbei die Kommunale Wärmewende und die damit verbundene Fragestellung, wie dies in Deutschland und Frankreich gelingen kann.



Politische Handlungsempfehlungen

Stadtraum umverteilen und umnutzen!

Städte und Gemeinden in Deutschland und Frankreich stellen sich neu auf, um heute und in Zukunft lebenswerte und resiliente Orte demokratischen Miteinanders zu bleiben. In beiden Ländern bilden Kommunen die Kulisse für zukünftige Lebens- und Arbeitsweisen, die den planetaren Grenzen gerecht werden und gleichzeitig offen für die einzigartigen Konstellationen der Menschen vor Ort sind. Mit seinen politischen Handlungsempfehlungen zeigt das Deutsch-Französische Zukunftswerk, wie die nationalen Regierungen und die deutschen Bundesländer gemeinwohlorientierte und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik im Sinne der Neuen Leipzig-Charta fördern können. Sie wurzeln in kommunalem Umsetzungswissen und einem intensiven deutsch-französischen Dialog. Sie geben Impulse und gegenseitige Inspiration für eine aktive Bodenpolitik und strategische Flächennutzungsplanung. Zuletzt zeigen sie, dass und wie eine Umverteilung und -nutzung von Stadtraum zugunsten von Klimaschutz und -anpassung möglich ist.



Grüne Infrastruktur ausbauen

Bäume und Grünflächen sind unverzichtbarer Bestandteil wassersensibler und hitzeresilienter Städte. Die grüne Infrastruktur muss daher quantitativ und qualitativ weiterentwickelt werden. Verbindliche Ziele mit wenigen, aber aussagekräftigen Indikatoren wie dem Baumkronenüberdeckungsgrad sind seitens der nationalen Regierungen ein wesentlicher Hebel. Ein deutsch-französischer Schulterschluss kann zudem die Ambition der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur stärken.

Bodenpolitische Instrumente anpassen

Grün- und Freiflächen erbringen Ökosystemleistungen und tragen zur Akzeptanz innerstädtischer Verdichtungsmaßnahmen bei. Dem Leitbild einer dreifachen Innenentwicklung folgend müssen Kommunen Frei- und Grünflächen bevorraten. Bund und Länder sollten Instrumente zum Flächenankauf, wie Grundstücks- und Bodenfonds, zu diesem Zweck anpassen. Hier kann der *Établissement public foncier* (deutsch: öffentlicher Grundstücksfond) der Region Hauts-de-France inspirieren. Er setzt Renaturierungsprojekte auf Industriebrachen um und überträgt das Eigentum danach an die Kommunen.



Öffentliche Räume aufwerten

Der Aufwertung vorhandener öffentlicher Räume kommt angesichts notwendiger Nachverdichtung eine besondere Bedeutung zu. Zivilgesellschaftliche Initiativen können eine Schlüsselrolle spielen und bei Nutzungskonflikten verhandeln. Erfolgreiche Initiativen müssen deshalb langfristig abgesichert werden. Erfolgsbeispiel: Der Grünsplatz in München wurde in Kooperation mit dem Green City e.V. zu einem Platz umgestaltet, der Fußballfans von 1860 München, Familien mit Kindern und Menschen in prekären Lagen gleichermaßen einen Aufenthaltsort bietet.



Beteiligungskultur stärken

Eine nachhaltig wirksame und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung muss gemeinsam mit den Menschen von Ort gestaltet werden. Bund und Länder sollten deshalb eine umfassende Beteiligungskultur in der Stadtentwicklung stärken. Nach Vorbild der *Garants* (deutsch: Garanten) der *Commission Nationale du Débat Public* (deutsch: Nationale Kommission für öffentlichen Diskurs) könnten sie unparteiische Gewährspersonen stellen, die sich für Qualität und Fairness informeller Beteiligungsprozesse auf lokaler Ebene einsetzen.

Straßenraum neu gestalten

In Städten und Gemeinden beider Länder nimmt Automobilität große Teile der Flächen in Anspruch, während nur ein Teil der Bevölkerung davon profitiert. Durch die Priorisierung des ÖPNV, Rad- und Fußverkehrs können Kommunen dringend benötigte Flächenpotenziale heben. Bei einer Neuausrichtung von StVG und StVO für mehr kommunale Handlungsfähigkeit lohnt ein Blick nach Frankreich. Hier haben Änderungen im *Code de la rue* (deutsch: StVO) unter anderem dazu geführt, dass seit 2008 zahlreiche Städte flächendeckend Tempo 30 eingeführt haben.



ÖPNV finanziell absichern

Der Ausbau eines modernen, barrierefreien ÖPNV mit angemessener Takung ist die Voraussetzung für die Umverteilung des Straßenraums. Bund und Länder können den Ausbau auf kommunaler Ebene vorantreiben, indem sie eine Drittnutzerfinanzierung ermöglichen. So können Kommunen in Frankreich über den *Versement mobilité*, eine zweckgebundene Mobilitätsabgabe, ortsansässige Arbeitgeber:innen mit elf oder mehr Beschäftigten zur Kofinanzierung des ÖPNV heranziehen.

Experimentierlösungen ermöglichen

Experimentierlösungen machen die Umgestaltung des öffentlichen Raums erfahrbar. Pop-Up-Radfahstreifen oder die temporäre Begrünung von Plätzen erlauben es, Nutzungen zu testen, die Meinung von Anwohner:innen zu erheben und die dauerhafte Umsetzung anhand dieser Erfahrungswerte zu planen. Mit einer wie der vom Bundestag am 20. Oktober 2023 geforderten Innovationsklausel könnten Kommunen die Umverteilung des Straßenraums über bisher nicht in der StVO vorgesehene Verkehrsanordnungen testen.



Erfahren Sie mehr über unsere bisherige Arbeit auf:

df-zukunftswerk.eu
info@df-zukunftswerk.eu



Umgesetzt von



GEFÖRDERT VON

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

